

Landkreis Vorpommern-Rügen

Mobilitätsausschuss



Niederschrift über die 5. Sitzung des Mobilitätsausschusses am 15. September 2020

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67 in 18437
Stralsund

Sitzungsdauer: 17:30 - 19:17 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Thomas Reichenbach

Kreistagsmitglied

Herr Alexander Benkert

Herr Roland Herrmann

Frau Andrea Kühl

Herr Thomas Schulz

Frau Anita Zimmermann

Sachkundige Einwohner/-in

Herr Steffen Bartsch-Brüdgam

Herr Mario Bauch

Herr Lutz Gelzenleuchter

Vertretung für Herrn Prof. Dr.
Ludwig Wetenkamp

Herr Rolf Martens

Frau Friederike von Buddenbrock

Stellvertreter/-in

Herr Lutz Herzberg

für Frau Präkel

Von der Verwaltung

Herr Ralph Langkammer

Frau Gerlind Ockert

Herr Dietmar Schubotz

Herr Thomas Baase

Herr Marcus Hanusch

FDL 02

FGL 13.20

FGL 12.10

SB Verkehrsplanung/ÖPNV

Protokollführer

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Frau Julia Präkel

Herr Norbert Schöler

Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp

Herr Dr. Ronald Zabel

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

Sachkundige Einwohner/-in

Frau Heike Lohrmann

entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Niederschrift vom 16. Juni 2020
5. Sachstandsbericht zum Seniorenticket
6. Antrag der Kreistagsfraktionen Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler und Bürger für Stralsund-FDP: „Einführung eines kostenlosen Azubi-Tickets im Bediengebiet der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen GmbH“ A/3/0031
7. Informationen zum Thema Sperrkommission (Gast: Herrn Sendrowski, Straßenbauamt Stralsund)
8. Sachstand zum Thema Nahverkehrsplan/Haltestellenkonzept
9. Antrag von Herrn Herrmann - Weiterführung der Darßbahn bis Graal-Müritz
10. Anfragen
11. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Reichenbach eröffnet die 5. Sitzung des Mobilitätsausschusses und begrüßt die Anwesenden und bedauert dass der Leiter des Straßenbauamtes, Herr Sendrowski unentschuldigt fehlt, obwohl er zur heutigen Sitzung eingeladen wurde. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss mit 11 von 15 Mitgliedern beschlussfähig ist.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Heinemann, Geschäftsführer der Tourismusgesellschaft mbh Kap Arkona merkt an, dass er bereits in der letzten Sitzung zum Thema des Linienbusverkehrs in Putgarten anwesend war. Er erfragt, ob er in dieser Sitzung zu diesem Thema erneut sprechen könne.

Herr Reichenbach lehnt dies ab. Er verweist auf die schriftliche Antwort, welche Herrn Heinemann zugesandt worden sei.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Änderungen der Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Dafür: 11

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

4. Bestätigung der Niederschrift vom 16. Juni 2020

Herr Reichenbach merkt an, dass die Niederschrift vom 16. Juni 2020 an einigen Stellen geändert worden sei. Da diese geänderte Niederschrift dem Ausschuss nicht vorliege, schlage er vor, die Niederschrift in der nächsten Sitzung am 20. Oktober 2020 zu bestätigen.

Der Möbilitätsausschuss stimmt der Verschiebung der Bestätigung der Niederschrift vom 16. Juni 2020 in die Sitzung vom 20. Oktober 2020 einstimmig zu.

5. Sachstandsbericht zum Seniorenticket

Herr Baase berichtet, dass die VVR, der Landkreis Vorpommern-Rügen und die Hansestadt Stralsund sich bezüglich des Seniorentickets untereinander verständigt hätten. Es sei besprochen worden, wie die Kosten für ein einheitliches Ticket gestaltet werden könnten. Die Hansestadt Stralsund habe dazu eine system repräsentative Verkehrsbefragung (SrV) zum Verkehrsaufkommen durchgeführt. Diese Erhebung werde als Grundlage genutzt, um eine einheitliche Methodik für ein Ticket zu entwickeln.

Durch diese Erhebung seien die Anzahl und die Häufigkeit der Nutzung durch die Senioren bekannt. Einige Daten würden noch fehlen. Sobald diese vorliegen, würden diese als Grundlage für die Gespräche mit dem Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund dienen.

**6. Antrag der Kreistagsfraktionen Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler und Bürger für Stralsund-FDP: „Einführung eines kostenlosen Azubi-Tickets im Bediengebiet der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen GmbH“
Vorlage: A/3/0031**

Herr Reichenbach merkt an, dass es sich um den ursprünglichen Antrag handle, welcher jetzt im Ausschuss neu ausformuliert werden solle und als Beschlussempfehlung an den Kreistag Vorpommern-Rügen weitergeleitet werden würde.

Frau Ockert führt aus, dass die Formulierung des Antrags unpräzise sei. Für eine Berechnung werde immer vom Hauptwohnsitz ausgegangen. Es sei darauf hinzuweisen, dass eine Berufliche Schule ein Sammelbegriff von verschiedenen Schulungsformen sei. Eine Berufliche Schule gebe es laut Schulgesetz nur als öffentliche Berufliche Schule. Für diese Art der Schule gebe es im Landkreis Vorpommern-Rügen eine Schülerzahl von 2.423 Schülern mit Hauptwohnsitz im Landkreis Vorpommern-Rügen, laut Statistik aus dem Schuljahr 2018/2019. Sollte ein 365-Euro-Ticket eingeführt werden, wie durch das Zukunftsbündnis gefordert, sei der Vorschlag der Verwaltung, auch nur 365 € pro Jahr finanziell zu unterstützen. Die Frage, die sich stelle sei, wie eine Finanzierung erfolgen solle.

Zusammengefasst stehe eine Summe von ca. 900.000 Euro für das 365 -Euro-Ticket

im Raum. Dies gelte nur für die Schüler/innen mit Hauptwohnsitz im Landkreis Vorpommern-Rügen und Beschulung an der öffentlichen Beruflichen Schule. Sollten dazu auch Schüler/innen mit Wohnsitz im Landkreis Vorpommern-Rügen und Beschulung an anderen Berufsausbildenden Schulen im Landkreis Vorpommern-Rügen, u.a. die Ecolea in Stralsund, die Evangelische Fachschule für Sozialpädagogik in Bad Sülze, das Grone Bildungszentrum und die Sana Krankenpflegeschule in Bergen auf Rügen, zählen, so käme man auf eine Zahl von 2.780 Schülern/innen und eine Summe von 1 -1,2 Mio. Euro, die der Landkreis Vorpommern-Rügen aufwenden müsste. Darin nicht mit eingerechnet sei der Aufwand für das Verwaltungspersonal, welches jedoch nicht zur Verfügung stehen würde.

Herr Reichenbach stellt fest, dass eine Entscheidung darüber getroffen werden müsse, welche Schüler gefördert werden sollten. Dies unter dem Aspekt, dass vom Land ein Azubi-Ticket beschlossen werde.

Frau Ockert wiederholt, dass bezugnehmend auf den Antragstext nur Schüler gefördert werden könnten die eine berufliche Schule innerhalb des Landkreises Vorpommern-Rügen besuchen würden.

Herr Bauch informiert, dass es problematisch sei, wenn der Kreistag über eine Angelegenheit beschließen soll, welche noch nicht abschließend durch das Land geklärt sei. Es seien noch viele Fragen bezüglich der Finanzierung ungeklärt.

Herr Benkert führt aus, dass die Grundidee zufriedenstellend sei. Er sehe den Vorteil für Azubis und Senioren jedoch eher in der Stadt als im ländlichen Bereich. Daher ist kein Mehrwert für den ländlichen Bereich erkennbar. Der ÖPNV müsse im ländlichen Bereich präsenter werden.

Herr Martens stimmt den Ausführungen von Herrn Benkert zu. Die vorhandenen Informationen seien jedoch nicht ausreichend, um eine Empfehlung an den Kreistag abzugeben. Es müsse eine Überarbeitung des Nahverkehrsplanes erfolgen. Der Antragsteller sei gebeten worden eine entsprechende Änderung vorzulegen. Dies sei nicht geschehen. Daher sei er gegen eine entsprechende Beschlussempfehlung.

Herr Reichenbach informiert, dass sich der Ausschuss mit dem Antrag in der Formulierungsphase befinde.

Herr Bauch sehe ein Problem darin einen Beschluss zu fassen, ohne das eine Regelung vom Land vorliege.

Frau Ockert merkt an, dass sie die 365 Euro als vereinfachte Berechnungsgrundlage genutzt habe. Es sei außerordentlich schwierig bei mehr als 2.700 Schülern/innen eine konkrete Zahl zu ermitteln. Es gebe zu viele Konstellationen die es zu berücksichtigen gebe. Ob jeder Schüler, der in der dualen Ausbildung sei, auch ein dementsprechendes Ticket benötige, sei nicht absehbar.

Herr Reichenbach informiert, dass das Zukunftsbündnis in Schwerin die Aufgabe habe, ein 365-Euro-Ticket so schnell wie möglich umzusetzen. Dies bilde den Grundstein für den Beschluss.

Herr Herzberg fasst zusammen, dass jeder Azubi das 365 Euro-Ticket nutzen könne. Diese würden dann durch den Landkreis Vorpommern-Rügen erstattet. Ob dieses Ticket auch durch die Azubis genutzt werden würde, sei ungewiss.

Frau Ockert ergänzt, dass die Azubis mit dem Bus und der Bahn 24 Stunden am Tag

in ganz Mecklenburg-Vorpommern fahren könnten. Die Übernahme der 365 Euro sei voraussichtlich günstiger, als wenn dies nur für Fahrten gelten soll, die durch die VVR geleistet werden würde.

Herr Herzberg ergänzt, dass auch der Azubi, welcher sein Auto benutzt, ebenfalls subventioniert werden würden.

Herr Herrmann bringt an, dass durch das Land ein immenser Verwaltungsaufwand erschaffen werde. Die Einnahmen der Kommunen würden massiv durch fehlende Gewerbeeinnahmen einbrechen. Der Bund und das Land müssten für die Finanzierung herangezogen werden. Er plädiere dafür, hierfür keine weiteren finanziellen Mittel aufzuwenden.

Frau von Buddenbrock erfragt, ob sich die Verwaltungskosten auf die monatlicher oder die jährlicher Grundlage beziehen würden.

Frau Ockert bezweifelt, ob das 365 Euro-Ticket monatlich bezahlt werden könne. Jedoch sei ein Ratenkauf durch die Azubis vom Land möglicherweise vorgesehen. Jedoch würde die entsprechende Arbeitskraft gegenwärtig fehlen.

Frau von Buddenbrock merkt an, dass die Problematik die gleiche wie beim Seniorenticket sei. Es sei schwer einzuschätzen, wie viele das Ticket nutzen würden. Es sei eine Frage der Teilhabe. Weiter gebe es Defizite in den ländlichen Regionen. Einen Grundsatzbeschluss zu fassen sei realitätsfern.

Herr Bauch merkt an, dass das Ticket auf den Landkreis Vorpommern-Rügen begrenzt sei. Es müsse ein allgemeiner Sachstand geschaffen werden. Bei einem Beschluss durch den Kreistag Vorpommern-Rügen sollte auch eine Umsetzung erfolgen.

Herr Baase informiert, dass das Azubi-Ticket Anfang nächsten Jahres kommen werde. Eine abschließende Beschlussfassung erfolge Ende September 2020 vom Zukunftsbündnis. Eine eigene Lösung vom Landkreis Vorpommern-Rügen sei für diese Entscheidung nicht hilfreich.

Herr Reichenbach hält fest, dass das 365-Euro-Ticket kommen werde. Ob jeder Azubi dieses Ticket selber zahle oder ob der Landkreis Vorpommern-Rügen dies für die Azubis zahle, sei noch nicht klar.

Herr Bauch schlägt vor abzuwarten, wie viele Azubi-Tickets gekauft werden würden. Jedoch sollte nicht alles finanziell unterstützt werden.

Herr Martens merkt an, dass die Aufstellung des Nahverkehrsplanes immense Kosten verursache. Eine Aufgliederung von einzelnen Gruppen sei nicht zielführend.

Herr Benkert es müsse für alle Gruppen, Azubis und Senioren, ein einheitliches Netz angeboten werden, welches sie auch tatsächlich nutzen könnten.

Herr Reichenbach führt an, dass nicht bei allen Themen, die behandelt werden würden, jede Gemeinde vollumfänglich berücksichtigt werden könne.

Herr Herzberg fragt an, wer, wenn Schüler und Senioren umsonst fahren würden, dann noch für eine kostenpflichtige Beförderung übrig bleiben würde. In den Städten würde der ÖPNV stärker genutzt werden als im ländlichen Raum.

Herr Reichenbach merkt an, dass ein kostenloser ÖPNV nicht möglich sei.

Frau Kühl führt aus, dass dieses Ticket nicht notwendig seien würden, wenn es genügend Schulen geben würde.

Herr Schulz gibt an, dass er den Antrag im Namen der Fraktion Bürger für Stralsund-FDP zurück ziehe.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich für die Einführung eines kostenlosen Azubi-Tickets für den Öffentlichen Personennahverkehr im Bediengebiet der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen GmbH für Auszubildende und Studenten mit Wohnsitz im Landkreis Vorpommern-Rügen aus, die eine Berufliche Schule im Landkreis Vorpommern-Rügen besuchen.

Abstimmungsergebnis: vom Einreicher zurückgezogen

7. Informationen zum Thema Sperrkommission (Gast: Herrn Sendrowski, Straßenbauamt Stralsund)

Herr Peschel, Fachgebietsleiter Allgemeiner Ordnung und Verkehrssicherung des Landkreises Vorpommern-Rügen, stellt sich kurz vor. Die Sperrkommission stelle ein Schnittstelleninstrument zwischen dem Landkreis und den einzelnen Ämtern und der Straßenmeistereien dar. Diese treffe sich im Abstand von 14 Tagen bei den jeweiligen zuständigen Straßenmeistereien. Inhalt dieser Treffen seien Straßensperrungen und Freigaben von Straßen. Weiter ginge es um Einsätze von Rettungsdiensten und anderen Einsatzkräften. Darüber hinaus würden Veranstaltungen und Baumaßnahmen, für die Straßenmeisterei übergreifend durchgeführt werden sollen, abgestimmt. Dabei seien die örtlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Es gäbe auch andere Landkreise, die keine Sperrkommission durchführen würden.

Herr Reichenbach bedankt sich bei Herrn Peschel für die Ausführungen. Er regt an, dass Herr Sendrowski zur nächsten Sitzung erneut eingeladen werde.

8. Sachstand zum Thema Nahverkehrsplan/Haltestellenkonzept

Herr Baase berichtet, dass zum Thema Haltestellenkonzept drei Informationsveranstaltungen auf Amtsebene in Ribnitz-Damgarten, Bergen auf Rügen und Stralsund durchgeführt worden seien. Dort sei erklärt worden, wie sich der Sachstand und die rechtliche Lage darstelle. Momentan werde der erste Entwurf des Haltestellenkonzeptes geplant. Es würden die von den einzelnen Ämtern zugeschickten Haltestellen mit aufgenommen. Dazu werde eine Prioritätenliste erstellt. Weiter gebe es eine Übersicht über die Siedlungsschwerpunkte mit den entsprechenden Haltestellen. Es würden auch Haltestellen von möglichen Baugebieten, die noch in Planung seien, mit eingeplant.

Herr Martens erfragt, ob die entsprechenden Informationen bereits an die Ämter verteilt worden seien.

Herr Baase erwidert, dass die Information in der 39 KW mit einer Rückmeldefrist an die Ämter verschickt werde. Die Ergebnisse werden dem Ausschuss vorgelegt.

Herr Baase informiert zum Stand des Nahverkehrsplanes wie folgt. Auf dem Festland seien bereits alle Mobilitätsdialoge durchgeführt worden. Ein Nachholtermin erfolge noch auf der Insel Rügen. Dabei hätten sich bis jetzt drei Themenblöcke ergeben. Dies wäre zum einen die Verbesserung des Angebotes. Hier werde von dem alten Nahverkehrsplan ausgegangen. Das zweite Thema sei die Zurverfügungstellung von Informationen. Auch hier sei es der Anspruch, dass eine möglichst barrierefreie Weitergabe von Information erfolgen solle. In den Mobilitätsdialogen sei festgestellt worden, dass die Fahrgäste die Fahrpläne nicht richtig deuten könnten. Das dritte Thema sei das Angebot von flexiblen Bedienformen. Dazu gehöre, dass auch die ländlich gelegenen Gebiete angefahren werden würden. Nach Beendigung der ersten Mobilitätsdialoge gebe es eine zweite Runde von Mobilitätsdialogen um eventuelle weitere Bedarfe festzustellen. Der Mindeststandart des neuen Nahverkehrsplans werde über dem des alten liegen.

Herr Bauch informiert, dass er beauftragt worden sei, eine Sache vorzubringen. Beim Fachgymnasium Velgast gebe es Schüler, die benötigen um zur Schule zu gelangen ca. 3 Stunden. Diese müssten sich dort ein Zimmer nehmen, weil es keine Verbindung zu ihrem Heimatort gebe. Weiter solle das Pommerndreieck in Grimmen mit in das Haltstellenkonzept mit einbezogen werden.

Frau Ockert merkt an, dass es immer Schüler geben werde, die nicht täglich die Fahrt aus ihren Heimatorten zu weit entfernten Bildungsstätten vornehmen könnten. Deshalb werde in Velgast ein Wohnheim vorgehalten.

Herr Martens erfragt, wie stark die Beteiligung der Bürger an den Mobilitätsdialogen gewesen sei.

Herr Baase erwidert, dass die Mobilitätsdialoge keine öffentlichen Veranstaltungen seien. Darüber hinaus könnte eine Onlineumfrage gestartet werden.

Herr Martens bittet darum die Erfahrungsberichte den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Herr Langkammer stimmt Herrn Martens zu, die Bürger zu beteiligen. Sein Anspruch sei es, jeden/e Bürgermeister/in im Landkreis Vorpommern-Rügen zu erreichen. Damit würden dann auch die Bürger/innen erreicht. Eine Prüfung ob eine Umfrage möglich sei werde erfolgen und dann gegebenenfalls beauftragt.

Herr Reichenbach hält fest, dass das Ergebnis bis zur nächsten Sitzung vorliegen solle.

Herr Herzberg verlässt den Sitzungsraum um 18:49 Uhr.

Herr Reichenbach erteilt Frau von Buddenbrock das Wort.

Frau von Buddenbrock trägt ihre Sicht zum Thema Haltestellenkonzept vor.

Der Vortrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Herr Langkammer führt aus, dass er den Unmut von Frau von Buddenbrock nachvollziehen könne. Es sei zu unterscheiden, ob der touristische Verkehr nicht auch als

ÖPNV genutzt werde könne. Durch den Kreistag Vorpommern-Rügen sei beschlossen worden, dass die VVR das Ausschließlichkeitsrecht zu Durchführung des ÖPNV besitze.

Herr Baase informiert, dass der Nahverkehrsplan diese Angelegenheiten mit beinhalte. Es müsse zwischen Linien- und Gelegenheitsverkehr unterschieden werden. Dies sei gesetzlich geregelt.

Frau von Buddenbrock stellt klar, dass sie festgestellt habe, dass keine Nutzung des ÖPNV auf der Strecke von Putgarten nach Arkona erfolge. Sie weise daraufhin, dass der ÖPNV keine Auslastung verzeichnen könne. Es stelle sich die Frage, ob leere Busse fahren zu lassen wirtschaftlich sei.

Herr Baase erwidert, dass diese Hinweise im Nahverkehrsplan Berücksichtigung finden würden.

Herr Bauch sehe ein Problem darin, die rentablen Strecken zu privatisieren und den Rest dem ÖPNV zu überlassen. Die Gründe für eine offenbare weniger ausgelastete Strecke sollten geprüft werden.

Herr Bartsch-Brüdgam erklärt, dass grundsätzlich Linienverkehr auch Gelegenheitsverkehr sei. Tatsache sei es, dass die Tschu-Tschu-Bahn im Linienverkehr fahre, dies sei verboten. Natürlich sei auf Rügen der Tourismus wichtig. Ebenfalls seien die Straßen so ausgebaut, dass dort auch entsprechende Busse fahren könnten.

Frau von Buddenbrock erklärt, dass ein ursprünglich wirtschaftlicher Gedanke, sich nach drei Jahren erwiesen haben sollte. Ansonsten müsse diese Teilstrecke neu geprüft werden.

Herr Reichenbach schlägt vor, dass dieses Problem durch die entsprechende Gemeinde als Problem im Nahverkehrsplan berücksichtigt werde.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

9. Antrag von Herrn Herrmann - Weiterführung der Darßbahn bis Graal-Müritz

Herr Herrmann begründet den eingebrachten Antrag. Die Darßbahn sollte aus ökonomischen und ökologischen Gründen bis Graal-Müritz weitergeführt werden. Der Landrat solle sich bei den entsprechenden Stellen dafür einsetzen.

Herr Baase führt aus, dass unter den derzeitigen Voraussetzungen eine Weiterführung der Darßbahn von Prerow über den Darß und das Fischland nicht möglich sei. Die Anwendung der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für zu einer Streckenführung durch den Darßwald und damit durch den Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft. Weiterhin würden sich durch die zu berücksichtigen Baurichtlinien und die Enge der Bebauung auf dem Fischland Flächen-, Eigentums-, Grundstücks- und Denkmalschutzprobleme ergeben, die neben dem Natur- und Umweltschutz verhindern würden, dass eine als Eisenbahn deklarierte Schienenverbindung von Prerow über den Darß und das Fischland geführt werden könne. Ein finales Problem betreffe den Anschluss an die bestehende Verbindung Rostock - Stralsund. Ein Anschluss an das bestehende Schienennetz sei unter derzeit bestehenden Voraussetzungen nicht möglich.

Herr Herrmann erwidert, dass eine vorzeitige Information zielführender gewesen

wäre. Die Argumente könne er nicht entkräften. Ihm seien die Örtlichkeiten bekannt. Er sehe im Moment nur die Möglichkeit den Antrag zurückzuziehen und in der Fraktion erneut zu besprechen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen: Der Landrat wird aufgefordert, bei sämtlichen Verantwortlichen darauf hinzuwirken, dass die Darßbahn nicht in einer Sackgasse endet, sondern bis Graal-Müritz gebaut wird und somit Anschluss an das dort schon bestehende Schienennetz erhält.

Abstimmungsergebnis: vom Einreicher zurückgezogen

10. Anfragen

Anfragen werden nicht vorgetragen.

11. Mitteilungen

Mitteilungen gibt es keine.

Herr Reichenbach bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 19:17 Uhr.

6. Oktober 2020, gez. T. Reichenbach

Datum, Unterschrift
Thomas Reichenbach
Ausschussvorsitzender

6. Oktober 2020, gez. M. Hanusch

Datum, Unterschrift
Marcus Hanusch
Protokollführer